

Da geht's lang, Herr Wachtmeister!
*...das rassistische Raster bei Polizeikontronrollen
muss Geschichte werden...*



Rassistische Raster

Nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Petition gegen „Racial Profiling“ startet Mitte November auf der Petitionsplattform des Deutschen Bundestages die zweite. Damit will die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD-Bund e.V.) den Druck auf die Bundesregierung und die Abgeordneten erhöhen, um ein Verbot der verdachtsunabhängigen Kontrollen zu bewirken. Von Tahir Della und Jamie Schearer, ISD

März 2012: Das Urteil im „Racial Profiling“ Fall wird bekannt – *Der Spiegel, Frankfurter Rundschau* und andere Medien berichten. Im vorliegenden Fall war im Dezember 2010 ein junger Schwarzer Deutscher auf der Bahnstrecke Kassel/Frankfurt am Main von der Bundespolizei aufgefordert worden sich auszuweisen. Er hatte dies verweigert, weil er schon häufiger gezielt kontrolliert worden war, während *weiße* Mitreisende sich nicht ausweisen mussten. Daraufhin wurde er zur Personalienfeststellung auf das nächstgelegene Polizeirevier gebracht und strengte in der Folge eine Zivilklage gegen die Bundespolizei an. Die Klage wurde abgewiesen und das Verwaltungsgericht Koblenz schloss sich der polizeilichen Einschätzung an: Es sei legitim, den Kläger allein aufgrund seiner phänotypischen Merkmale zu kontrollieren. Auf Nachfrage antwortete der angeklagte Polizist, er spreche Leute an, die ihm „ausländisch“ erscheinen. Dies richte sich nach der Hautfarbe, aber auch danach, ob die reisende Person

Auf Nachfrage antwortete der angeklagte Polizist, er spreche Leute an, die ihm „ausländisch“ erscheinen.

Gepäck bei sich habe oder ob sie alleine irgendwo im Zug stehe. So wurde die Praxis des „Racial Profiling“ zum einen erstmalig als Handlungspraxis

eingestanden und zum anderen als angemessene Polizeiarbeit eingeschätzt.

Unter Generalverdacht

Dies widerspricht in gravierender Weise internationalen Menschenrechtsstandards. „Racial Profiling“ ist eine Form des institutionellen Rassismus und beschreibt die diskriminierende Verwendung von Zuschreibungen wie Hautfarbe, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit, Herkunft oder Sprache als Grundlage für Identitätskontrollen und Durchsuchungen ohne konkretes Indiz. Es wird seit Jahren von den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen kritisiert und stellt für Schwarze Menschen und People of Color (PoC) kein neues Phänomen dar. Diese Art der Personenkontrollen werden regelmäßig von der Polizei in Zügen, an Bahnhöfen und Flughäfen sowie an anderen öffentlichen Plätzen durchgeführt, wobei Schwarze Menschen und PoC immer wieder zu Verdächtigen erklärt werden, die sich möglicherweise als Illegalisierte in Deutschland aufhalten. Damit wird die längst widerlegte Ansicht tradiert, dass sich Deutschland aus einer homogenen, *weißen* Bevölkerung zusammensetze. Diese Zuschreibungen sind und waren nie zeitgemäß und gehen an der gesellschaftlichen Realität Deutschlands vorbei. Den Menschen wird durch diese rassistische Polizeipraxis die Gleichheit vor dem Gesetz versagt, was verdeutlicht, dass sie in Deutschland auch im Jahr 2012 noch nicht als gleichgestellte Mitglieder der Gesellschaft betrachtet werden.



Neben interner Vernetzung und gemeinschaftlicher Aktion vertritt die ISD die Interessen von Schwarzen Menschen in Gesellschaft und Politik, um auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. Politische Partizipation Schwarzer Menschen sowie die Verbesserung ihrer Lebenssituation in Deutschland sind das Ziel. Die ISD fordert eine antirassistische Haltung in allen Bereichen der Politik (Bildung, Aufenthalt, Staatsbürgerschaft, Asylgesetzgebung) und dass die Realität unterschiedlicher und ineinandergreifender Formen von Diskriminierungen anerkannt wird.

Weitere Informationen finden sich unter:
<http://isdonline.de/>

Die gerichtliche Akzeptanz des „Racial Profiling“ hatte auch unmittelbare Folgen. Das damals noch nicht rechtskräftige Urteil wurde von der Bundespolizei zur Legitimation ihrer gezielten Kontrollen herangezogen.

Schwarze Menschen und PoC werden immer wieder zu Verdächtigen erklärt, die sich möglicherweise als Illegalisierte in Deutschland aufhalten

Angesprochen auf die rassistischen Kontrollen, verteilten Angehörige der Bundespolizei auf der Bahnstrecke Basel/Freiburg Auszüge des Urteils als Faltblätter. Zwar gab die nächsthöhere Instanz dem Kläger recht, dennoch ist ein Ende dieser Polizeimaßnahmen nicht zu erwarten. Deshalb fordert die ISD: ein Verbot

verdachtsunabhängiger Personenkontrollen, da sie zwangsläufig zu „Racial Profiling“ führen; Anti-Rassismus-Trainings für Polizeipersonal in Ausbildung sowie Fortbildungen für Beamtinnen und Beamten im Einsatz; unabhängige Meldestrukturen für „Racial Profiling“ und Polizeigewalt.

Erster Etappensieg

Die erste Petition gegen diese rassistischen Polizeimethoden und die daran gekoppelten Aktionen haben das Thema für eine breite Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Wir haben in drei Monaten Petitionslaufzeit 15.000 Unterschriften sammeln können. Nun geht es darum, die Kampagne fortzusetzen. Ein Bündnis bestehend aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen soll der zweiten Petition zu Erfolg verhelfen. Die Verantwortlichen haben in der Vergangenheit wiederholt bestritten, dass diese rassistische Polizeipraxis überhaupt zur Anwendung kommt und daran festgehalten, dass die Polizei bei der Ausübung ihrer Arbeit an die Prinzipien und Bestimmungen des Grundgesetzes gebunden sei.

Die erste Entscheidung zu „Racial Profiling“ hatte den Verpflichtungen aus den UN-Antirassismus-Konventionen der Bundesrepublik widersprochen. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Koblenz vom 29. Oktober 2012 hebt nun die erstinstanzliche Entscheidung vom Februar auf und bezieht sich klar auf Artikel 3, Abs. 3 des Grundgesetzes, der ein Diskriminierungsverbot beinhaltet. Die Bundesregierung entschuldigte sich überdies beim Kläger. Der junge Mann, sein Anwalt und wir als Aktivistinnen und Aktivisten verbuchen dies als einen ersten Etappensieg. Dennoch sind wir noch ein ganzes Stück von unserem Ziel entfernt, eine gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung zu erreichen, die uns zu vollwertigen Teilhaberinnen und Teilhabern erklärt.

<https://epetitionen.bundestag.de/>